

Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtkasse Nr. 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassenkonto: Dresden 88 527

Verantwortlicher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Preise und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmiffa, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele
Verantwortlich: K. Rohrlappert

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Wichterscheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 165

Bad Schandau, Montag, den 18. Juli 1927

71. Jahrgang

Entspannung in Wien Die Regierung Herr der Lage.

Neue Zusammenstöße in Wien. Bisher 65 Tote.

Nachdem es in Wien kurze Zeit verhältnismäßig ruhig zugeht, wurde die Stimmung in den Sonnabend-Nachmittagsstunden wieder nervös. Sie entlud sich in Herolds. Fünf Wachen wurden von der Menge, die sich rasch durch Zulauf aus den Seitengassen gebildet hatte, bedrängt. Die Wachen gaben darauf Hochschüsse ab; immerhin wurden drei Personen verletzt, die von der Rettungsgesellschaft in das Spital gebracht werden mußten. Weiter sammelten sich in der Rosensteingasse Menschenmassen an. Hier wurden sechs Personen getötet und etwa zehn schwer verletzt.

Bürgermeister Seitz gab bekannt, daß beschlossen worden ist, eine Gemeindepolizei zu bilden, die sich aus Angehörigen des Republikanischen Schutzbundes zusammensetzt. Es sind bereits 5000 ausgesuchte Leute hierfür vorgemerkt. Diese Polizei wird ebenfalls bewaffnet. In den Kreisen der städtischen Behörden erwartet man von der Bildung dieser Organisation einen beruhigenden Einfluß auf die Stimmung der Arbeiterschaft.

Der Bürgermeister als Landeshauptmann hat den Ausschank von geistigen Getränken verboten und für Übertretungen des Verbots Bestrafungen angedroht. Die Gewerkschaftskommission und der Sozialdemokratische Parteivorstand haben in diesem Zusammenhang beschlossen, daß die Hotels sowie die Gaststätten und Kaffeehausbetriebe offen gehalten werden können. Das Personal habe jedoch darauf zu sehen, daß das Alkoholverbot streng eingehalten werde. An die Bevölkerung ergeht im Interesse eines ruhigen Verlaufs der Protestkundgebung, so heißt es in dem „Mitteilungsblatt der Sozialdemokratie Österreichs“ weiter, die dringende Aufforderung, sich in den nächsten Tagen unbedingt jedes Alkoholgenußes zu enthalten.

Die führenden Kreise der Wiener Sozialdemokratie sind bestrebt, die Bewegung wieder in die normale Lage hinüberzuleiten. Es wird von ihnen betont, daß auch die Streikparole diesem Zweck dienen sollen, indem die wüsten Ausschreitungen abgeblößt werden durch die organisierten Maßnahmen der Parteileitung. Das nächste Ziel ist, der Stadt wieder ihr übliches Aussehen zu geben, und den inneren Verkehr wieder zu eröffnen. Die Straßenbahnen sollen nach Möglichkeit wieder den Verkehr aufnehmen. Allerdings ist nicht zu verhehlen, daß

von kommunistischer Seite starke Quertreibereien im Gange sind. In diesem Zusammenhang ist interessant, daß mit einem der Berliner Flugzeuge auch der Vorsitzende der kommunistischen Partei Deutschlands, Pieck, nach Wien gekommen ist. Die sozialistische Parteileitung hofft, daß die weitere Entwicklung sich in ruhigen Bahnen bewegen wird. Aber die Wiederaufnahme des Eisenbahn-, wie überhaupt des Fernverkehrs verläuft allerdings noch nicht; man hört aber, daß die Wiederherstellung des normalen Verkehrs auch hier sobald wie möglich angestrebt werden muß, schon wegen des Einbruchs nach außen.

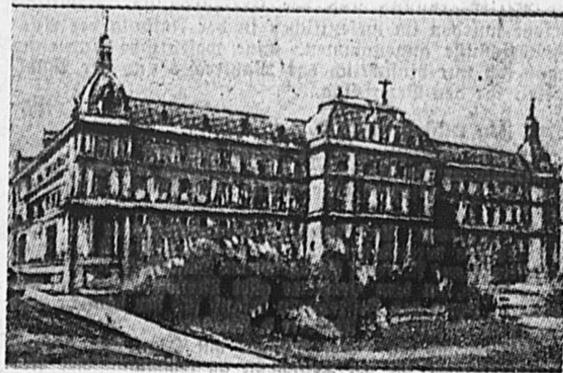
Einschränkung des Zugverkehrs nach Tirol.

Die Reichsbahndirektion München teilt mit: Wegen Streikes der österreichischen Bundesbahnangestellten ist der gesamte Verkehr auf den österreichischen Strecken ab Salzburg, Simbach, Ruffein und Mittenwald seit Sonnabend nacht eingestellt. Bis zu diesen Übergangsstationen wird auf den deutschen Strecken der Zugverkehr durchgeführt. Die Züge auf der Linie Berchtesgaden—Schellenberg—Salzburg werden wegen Streikes der Salzburger Tramwaygesellschaft nur zwischen Berchtesgaden und Schellenberg—hängender Stein gefahren.

Vom italienischen Militärkommando am Brenner trifft die Nachricht ein, daß, wenn der Bahnverkehr nicht aufgenommen werde, Italien seine Transitzüge über den Brenner nach Deutschland unter militärischer Bedeckung selbst führen werde. In der Umgebung des Brenners liegen etwa 10 000 Mann zu Manövern.

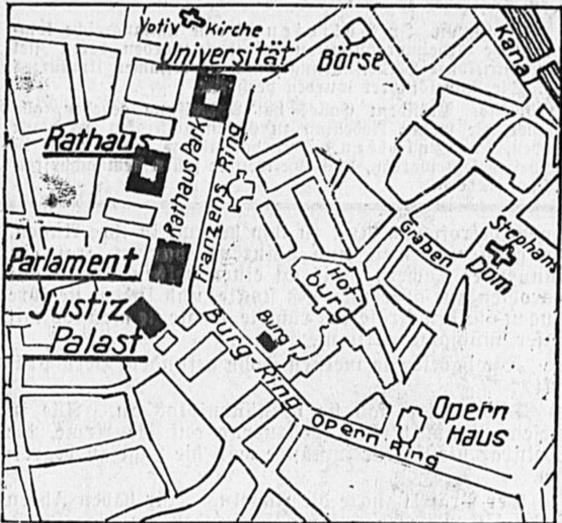
Die Stätte der Unruhen.

Die Straßenkämpfe in Wien erinnern in ihrem Verlauf an den Putschversuch, der in Wien in den Ostertagen des Jahres 1919 stattfand. Auch damals entstand plötzlich in den massenhaften Arbeiterkreisen wegen angeblicher ungerechter Urteile



Der Justizpalast in Wien.

eine Aufstandsbeziehung, und die Demonstrationen markierten aus den äußeren Bezirken auf die Ringstraße. Auf dieser Ringstraße stehen die meisten öffentlichen Bauten: das Parlament, das Rathaus und der Justizpalast, der auch die höchsten Gerichtsstellen beherbergt, bilden eine architektonische Einheit. Nicht daneben liegt die Universität, die in den letzten Wochen der Schauplatz zahlreicher Demonstrationen und heftiger



Kämpfe zwischen Nationalsozialisten und sozialdemokratischen Studenten gewesen ist.

Warum die wütende Menge die Alten, die im Justizpalast verwahrt werden, vernichtete, ist nicht recht erklärlich, da im Justizpalast nur Zivilgerichtsbarkeit geübt wird. Sollten auch die Grundbuchämter, die sich im Justizpalast befinden, verbrannt sein, so wäre dies ein geradezu unerklärlicher Schaden.

Die Wiener Straßenbahn fährt wieder.

Wien, 17. Juli. Der heutige Sonntagvormittag hat in voller Ruhe begonnen, und die Ruhe nach dem Sturm dauert noch an. Heute morgen wurde man durch die Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs angenehm überrascht. Die sozialistische Rathausmehrheit hatte sich entschlossen, wenigstens den Straßenbahnverkehr wieder aufzunehmen, ohne eine Intervention der Gewerkschaften abzuwarten. Zuerst wurde ein Straßenbahn-Notverkehr eingerichtet. Es fanden sich aber bald genügend Kräfte, darunter besonders besonnene Leute, die nicht organisiert sind und nur durch den Terror abgehalten waren, so daß der Verkehr wieder vollständig normal verläuft.

Im 17. Wiener Stadtbezirk ist es gestern abend erneut zu Unruhen gekommen, die auf die Nachbarbezirke überzugreifen drohten, als ein Wollenbruch niederging und die Kämpfe beendete.

Fortschreitende Beruhigung in Wien.

Nach weiteren aus Wien eingetroffenen Meldungen wirkt die u. a. in der Wiederaufnahme des Straßenbahnverkehrs zum Ausdruck kommende Beendigung des Generalstreiks beruhigend auf die Gemüter. Zu Störungen ist es kaum noch gekommen. Die Gasthäuser sind wieder geöffnet. Das Alkoholverbot besteht weiter. Immerhin ist die Stimmung auch weiterhin gedrückt. Auch die elektrische Stadtbahn hat den Betrieb wieder aufge-

nommen. Fünf kommunistische Straßenbahner, die den Dienst verweigerten, wurden sofort entlassen. Insgesamt sind bisher 252 Verhaftungen vorgenommen worden.

Die Gemeindefürsorge, die Sonntagfrüh gebildet wurde, ist feierlich auf die Republik vereidigt worden. Bürgermeister Seitz machte es der Gemeindefürsorge zur Pflicht, ihre Aufgabe in strengster Neutralität durchzuführen.

Der gestrige Ministerrat nahm den Bericht Dr. Seipels entgegen. Es wurde beschlossen, der Polizei den Dank und die Anerkennung der Bundesregierung auszusprechen. Zugleich wurde dem Polizeipräsidenten Schöber ein namhafter Betrag zur Verteilung an die Verletzten und die Hinterbliebenen der Gefallenen überwiesen.

Die Opfer der Wiener Revolte.

Wien, 17. Juli. Der Schaden, der durch den Brand im Justizpalast entstanden ist, wird auf viele Millionen österreichische Schillinge geschätzt. Die Zahl der Toten dürfte etwa 150 betragen; die Zahl der Verwundeten 700. In einem einzigen Spital befinden sich mehr als 40 Tote. Im ganzen wurden im Laufe des gestrigen Vormittags 689 Verletzte eingeliefert, von denen 44 gestorben sind.

Nach einer Meldung des tschechischen Pressbüros erscheinen die Wiener Zeitungen auch heute nicht, mit Ausnahme des sozialdemokratischen Mitteilungsblattes. In einer Extraausgabe dieses Blattes wird bekannt gegeben, daß bei einer Wiederholung der blutigen Zusammenstöße sofort der Ausnahmezustand verhängt werde. Die Spitäler sind mit Verwundeten überfüllt. Die Straßen nach den Vorstädten sind abgesperrt. Die Autos werden angehalten und nach Waffen durchsucht, da man befürchtet, die Kommunisten könnten sich von auswärts Waffen kommen lassen. Um 6.30 Uhr abends sind auf der Donau Dampfer mit Teilen des Bundesheeres aus Krems, St. Pölten und anderen Orten eingetroffen, die die Bundesregierung zur Verstärkung des Polizeischatzes angefordert hat.

Wien, 17. Juli. Der heutige Tag dürfte auch politisch eine vorläufige Entspannung bringen. In einer amtlichen Veröffentlichung wird angekündigt, daß heute die Beendigung des Eisenbahn- und Telegraphenstreiks erzielt werden dürfte. Auseinandersetzungen über den blutigen Freitag werden im Nationalrat stattfinden. Indes wird heute zwischen dem Bundeskanzler Seipel und den Führern der Mehrheitsparteien einerseits und den Sozialdemokraten und Bauern andererseits über den zweifellos sehr nahen Einberufungstermin des Parlaments verhandelt. Wie der Vertreter der T.M. erfährt, nimmt die Regierung den Standpunkt ein, daß die Beendigung des Streiks unumgängliche Voraussetzung der Einberufung des Parlaments sei. Es scheint schon jetzt festzustehen, daß die Sozialdemokraten nachgeben werden. Die Formierung einer Gemeindepolizei durch den Bürgermeister ist offenbar ein Kompromiß zwischen Regierung und Sozialdemokratie. Das heutige Regierungskommunique deutet dies an, indem es von der Tatsache selbst Kenntnis gibt, und auch die beiden Bedingungen bekannt gibt, die offenbar vereinbart worden sind, nämlich die ausdrückliche Bestimmung, daß die Gemeindefürsorge nur für die Tage der Gefahr bestehen soll und daß ihr Zusammenwirken mit der Bundespolizei sichergestellt ist.

Die Sozialdemokraten und die Revolte.

Im Vergleich zu den ersten Stunden nach den blutigen Zusammenstößen hat sich das politische Gesamtbild in Oesterreich vollkommen gedreht. Während am Freitagnachmittag ein Verhandeln mit den Sozialdemokraten fast unmöglich blieb und jedenfalls allgemein von zu erwartenden sozialistischen Forderungen gesprochen wurde, ist davon jetzt keine Rede mehr. Die Mehrheit wird angenommen, daß die Vorkommnisse des 15. Juli die Machtfstellung der Sozialdemokratie in Oesterreich sehr zerrüttet haben. Die Inszenierung der Unruhen wird als kommunistische Arbeit bezeichnet, und die ersten Rohheiten und Ausschreitungen seien von Gefindel verübt worden, für das die Sozialdemokratie keine Verantwortung übernehmen will. Aber die Handvoll Kommunisten, die für sich allein in Oesterreich völlig machtlos sind, konnte ihre verhängnisvolle Rolle nur dadurch spielen, daß die Arbeiterschaft durch eine verantwortungslose radikale Agitation eine leichte Beute leichtsinniger Elemente werden konnte. Ferner hat die sozialistische Stadtverwaltung bzw. Landesverwaltung Wien eine sehr schwere und kaum lösbare Schuld auf sich geladen, indem sie die Zurückziehung der Polizei und ihre Ersetzung durch den sozialistischen Schutzbund gerade in dem Augenblick anordnete, wo eben noch durch ernstes Zugreifen die Katastrophe in ihren Anfängen hätte erstickt werden können. Es ist sehr wohl möglich, daß man jetzt von bürgerlicher Seite versuchen wird, die Frage der verfassungsmäßigen Stellung Wiens als besonderes Bundesland aufzurollen.